

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1925**

12.3.1925 (No. 60)



# Deutscher Reichstag

W.D. Berlin, 11. März.

Am Regierungstisch Reichsjustizminister Dr. Franken. Präsident Ebert eröffnet die Sitzung 2.20 Uhr. Der Gesetzentwurf des Abg. West (D.M.) über die Aufwertung alter Geldscheine wird dem Aufwertungsausschuss überwiesen.

Auf der Tagesordnung steht dann der Antrag Koch-Weser (Dem.), Dittmann (Soz.) und von Guérard (Str.) über die

## Vorbereitungen zur Wahl des Reichspräsidenten.

Unter anderem wird ein amtlicher Stimmzettel gefordert. Abg. Schulz-Bromberg (D.M.) beantragt Überweisung des Antrages an den Rechtsausschuss.

Abg. Kube (N.S.) spricht unter großer Unruhe der Mittelparteien ironisch von der glorreichen Weimarer Verfassung, die von ihren geistigen Vätern dauernd durchlöchert werde.

Abg. Dittmann (Soz.) erklärt sich mit der Überweisung an den Rechtsausschuss einverstanden und fordert, daß das Gesetz morgen endgültig verabschiedet werde.

Der Gesetzentwurf wird in erster und zweiter Beratung erledigt und dann dem Rechtsausschuss überwiesen.

Die Haushaltsberatung wird darauf beim

## Reichsjustizministerium

fortgesetzt.

Abg. Schulte-Dreslau legt gegen die einseitigen Ausführungen des verstorbenen Reichspräsidenten Ebert die schärfste Verwahrung ein. Der Abg. Dr. Korsch (N.S.) macht die Legitimation zu einer Kritik an dem gesamten deutschen Richterstand. Von einer allgemeinen Zivil- und Strafprozessreform sollte man nicht ein Flawert durch überstürzte Einzelverordnungen verlangen. Erstens sei, daß der vorliegende Gesetzentwurf gemeinsam mit Deutsch-Oesterreich geschaffen worden ist. Das Gesetz zum Schutze der Republik betrachte das Zentrum als ein aus der Not geschaffenes Ausnahmegesetz. Wenn die Zeit gekommen sei, werde es der Aufhebung des Staatsgerichtshofs näherzutreten. Der Redner bedauert, daß aus mehreren politischen Prozessen der letzten Zeit der Eindruck entstehen konnte, als habe sich der Richterstand von einseitigen Gesichtspunkten leiten lassen.

Es müsse alles getan werden, um das Vertrauen in die deutsche Rechtspflege wieder herzustellen. Der Redner wendet sich dann gegen jede Erleichterung der Ehescheidung und der Abtreibung. Im letzten Jahre seien etwa 1/2 Millionen Abtreibungen in Deutschland erfolgt.

Abg. Dr. Kahl (D.M.) erklärt, es müsse alles getan werden, um die erschütterte Autorität im deutschen Volke wieder herzustellen. Das könne nicht durch Gesetzesreform, sondern nur durch eine Gesinnungsreform geschehen. Er nehme keinen Mißgriff der Rechtsreform an. Er nehme keine einseitige Kritik und politische Ausschüßung an. Die fortwährende Gegenüberstellung von Republikanern und Monarchisten, wie sie auch durch den Republikan. Richterbund erfolge, sei ein nationales Unheil und berge die Gefahr eines öffentlichen Lebens. In der Amnestiefrage sei größte Zurückhaltung notwendig. Der Redner begrüßt die Strafrechtsreform. Voraussetzung dafür, daß sie ein Gewinn für das Volk werde, sei aber, daß schon in der Jugendbeziehung im Haus und in der Werkstatt mit der Pflege der Sitten begonnen und die Vaterlandsliebe gefördert werde. In der Ehescheidungsfrage müsse der klaffende Riß zwischen Recht und Leben beseitigt werden. Eine gemäßigtere Form sei notwendig.

Reichsjustizminister Dr. Franken wendet sich gegen Teilreformen auf dem Gebiete des Strafrechts. Die neuen Einrichtungen müßten sich erst einleben, um Erfahrungen für eine große Reform sammeln zu können. Der Minister verspricht eingehende Nachprüfung der Beschwerden. Er verzichtet es, wenn festgenommene drei Wochen festgehalten oder durch solitarische Maßnahmen zu einem Geständnis gebracht worden sind. Der Minister nimmt den Staatsgerichtshof in Schutz, der zwar nach politischen Gesichtspunkten zusammengesetzt sei, aber seine Urteilsprüche nach bestem Wissen fälle. Der Minister bespricht dann die Ausweisung eines Verteidigers durch den Vorsitzenden im Scheidungsprozeß. Dieser Fall stehe wohl vereinzelt da. Der Vorsitzende habe die Pflicht, die Ordnung aufrecht zu erhalten und das Recht, wenn sich Hemmnisse einstellen, zu den schärfsten Mitteln zu greifen. Der Vorsitzende habe das Recht zur Ausweisung nicht nur gegenüber dem Verteidiger, sondern auch gegen jeden, der ihn hindere, die Verhandlungen zu leiten und zu Ende zu führen. Die Bestrebungen zur Erleichterung der Ehescheidung können nicht gefördert werden. (Hört, hört! links.) Der Minister erklärt sich im übrigen bereit, alle vorgebrachten Wünsche zu prüfen.

Nach Ausführungen eines Kommunisten werden die Beratungen abgebrochen. Angenommen wird noch ein Antrag, in dem die Länder aufgefordert werden, anlässlich der bevorstehenden Präsidentenwahl die Wahlfreiheit zu schützen.

Das Haus vertagt sich auf morgen 2 Uhr. Tagesordnung: Gesetzentwurf über die Volkszählung, Antrag der Demokraten, Sozialdemokraten und des Zentrums über das Wahlverfahren bei der Präsidentenwahl und Justizetat. Vor der Sitzung findet um 12 Uhr die Vereidigung des stellvertretenden Reichspräsidenten statt. Schluß 6 1/2 Uhr.

Weitere amerikanische Goldsendung nach Deutschland. Die Federal Reserve Bank verschifft die ersten 2 1/2 Millionen Dollar Gold für die Reichsbank, die aus einem Konto von insgesamt 71 Millionen Dollar stammen, das die Reichsbank bei der Federal Reserve Bank nach und nach angesammelt hatte. Hieraus erfährt die „B.Z.“ von der Reichsbank, daß es sich bei den Verschiffungen um Entnahme aus einem Depot handelt, das die Reichsbank schon vor Abschluß der Dawes-Anleihe in New York angelegt hatte. Der Betrag des Depots ist in den Reichsbankausweisen bereits seit langem enthalten, so daß der Goldbestand durch die Verschiffungen keine Veränderung erfährt.

Im Auswärtigen Ausschuss des Reichstages sprach Reichsjustizminister Dr. Stresemann über die Sicherheitsfrage und die damit zusammenhängenden politischen Probleme. Es wurde in Aussicht genommen, bei der in aller nächster Zeit stattfindenden Beratung des Etats des Auswärtigen Amtes im Plenum des Reichstages, die Auffassungen, die bei der Erörterung im Auswärtigen Ausschuss zutage getreten sind, vor der Öffentlichkeit zu vertreten.

Der Reichstagsausschuss für die Entschädigungsgesetze nahm am Mittwoch Mitteilungen der Regierungsbekträte über eine beabsichtigte Zwischenaktion zugunsten der von Liquidations- und Gewaltschaden Betroffenen entgegen. Der Ausschuss soll in den nächsten Tagen damit beginnen, die von der Regierung vorgeschlagenen Richtlinien zu überprüfen.

Wegen Beleidigung des Reichskanzlers Marx verurteilt. Wegen schwerer Beleidigung des ehemaligen Reichskanzlers Marx verurteilte das erweiterte Schöffengericht in Breslau den Herausgeber und Chefredakteur der Wochenschrift „Die Tribüne“, von Grunow, zu 3000 Mark Geldstrafe oder 350 Tagen Gefängnis.

# Politische Neuigkeiten

## Reichswehr und Politik

Im Haushaltsausschuss des Reichstages legte bei Beratung des Haushalts der Reichswehr Reichswehrminister Dr. Gieseler die Grundsätze dar, nach denen das Ministerium bei seinen Maßnahmen verfahren wird. Die Reichswehr müsse nach allgemeiner Ansicht überparteilich aufgebaut werden. Deshalb sei den Angehörigen der Wehrmacht jede politische Betätigung untersagt. Solange er Wehrminister sei, sei diese Linie absolut eingehalten worden. Die Reichswehr habe niemals versucht, auf die Innen- oder Außenpolitik Einfluss zu gewinnen. Es made große Schwierigkeiten, das Heer von 100 000 Mann vollzählig aufzustellen. Im Gegensatz zum Mannschaftserlass sei der Andrang zur Offizierslaufbahn weit größer als die vorhandenen Stellen. Mit größter Strenge werde darauf geachtet, daß die Militärmusik bei feierlichen politischen Veranstaltungen spielt, ganz gleich, um welche Partei die es sich handelt. Das Heer werde zum Pflichtbegriff erzogen. Das Weitere müsse die Entwicklung bringen.

## Die Volkszählung am 16. Juni

Im Interwahltag des Reichstages kamen am Mittwoch die methodischen Unterlagen der Volks-, Berufs- und Betriebszählung zur Besprechung. Mit den Stimmen aller bürgerlichen Parteien wurde ein Antrag des Abg. Dr. Wienke (D.M.) angenommen, wonach im Gewerbebezirk die Zählung der Frage eingeführt werden soll: Ist der Betrieb ganz oder teilweise beitragspflichtig zu einer Handwerks- bezw. Gewerbebesonderheit? Wenn ja, mit wieviel Gesellen und Lehrlingen? Man hofft hierdurch zu ermitteln, wie stark ungefähr das deutsche Handwerk heute ist, nachdem aus den Arbeitszählungen von 1895 und 1907 namentlich von der Wissenschaft Schlässe gezogen worden sind, die der Bedeutung des Handwerks anscheinend nicht entsprechen.

## Der Magdeburger Prozeß

In der Mittwoch Verhandlung des Rothardt-Prozesses verlas Ministerialrat Döhle vom Büro des Reichspräsidenten Erklärungen, die der verstorbene Reichspräsident Ebert vor dem Gericht machen wollte.

Der Reichspräsident wendet sich darin gegen die Ausführung des erstinstanzlichen Urteils und betont nochmals, daß er nach seiner ganzen persönlichen und politischen Einstellung während des Krieges auf dem Boden der Landesverteidigung gestanden und in diesem Sinne gehandelt habe. Auf Beschluß des Parteivorstandes sei er in die Streikleitung eingetreten und zwar mit der einzigen und bestimmten Absicht, den Streik möglichst schnell und definitiv beizulegen. Daß er dabei den Vorschlag gehabt habe, der Kriegsmacht des Deutschen Reiches Schaden zuzufügen, sei eine Unterstellung, die mit den Tatsachen in Widerspruch stehe und die er mit Entrüstung zurückweise. Nachdem das Oberkommando der Marine jede Verarmungsmöglichkeit unterbunden hatte und nach dem Verbot des „Vorwärts“ und der Schließung des Gewerkschaftshauses die Streikenden geradezu auf die Straße gedrängt worden seien, habe er nicht geglaubt, sich dem Verlangen, in Treptow zu sprechen, entziehen zu können. Er habe sich in dieser Rede mit aller Bestimmtheit und Klarheit für die Landesverteidigung eingesetzt und die Arbeiter auf ihre Pflicht hingewiesen, der Front Waffen zu beschaffen. Nach seiner Erinnerung sei es dagegen vollständig unumgänglich, daß er in der Rede zum Ausmarsch im Streik aufgefordert habe. Ebenso sei nach seiner Erinnerung ausgeschlossen, daß er die Forderungen der Streikenden für gerecht gehalten habe. Am Schluß seiner Rede habe er die Streikenden zur Ruhe und Besonnenheit ermahnt. Wenn der Zeuge Rehnhoff etwas anderes gehört haben sollte, so müsse er sich irren. Auf das am 30. Januar 1918 beschlossene und herausgegebene Flugblatt könne er sich nicht mehr besinnen. An der nach der Aussage des Zeugen Reich Müller am 30. Januar 1918, abends, in einer Küche in Treptow abgehaltenen Sitzung, die über die Herausgabe des Flugblattes beschlossene habe, habe er überhaupt nicht teilgenommen. Was seine Rede im Reichshausauschuss vom 22. Jan. anbelange, so müsse er, da solche Protokolle nicht wörtlich mitgeschrieben sind, sondern nur ungefähr sinngemäß aufgezeichnet wurden, die Verantwortung für den Wortlaut des Protokolls ablehnen. Ungünstige Folgen hätten, da die Sitzung streng vertraulich gewesen sei, für die Öffentlichkeit nicht erwachsen können.

General Gröner sagt als Zeuge aus: Mir ist nicht bekannt, daß die Mehrheitssozialdemokratie unter Führung des Abgeordneten Ebert jemals die Landesverteidigung geschädigt hätte. Auf die Frage des Vorsitzenden über die Haltung des Volksbeauftragten Ebert beim Abschluß des Krieges und nach der Revolution erklärt Gröner: Wir haben damals aufs engste mit Ebert zusammengearbeitet und täglich mit ihm verhandelt. Er hat in jeder Beziehung das vertreten, und durchzuführen versucht, wenn es ihm auch nicht immer gelungen ist, was von uns im Interesse der Landesverteidigung und im Interesse der Erhaltung des Heeres gefordert worden ist. Er stellte sich rechtlos auf den Boden der Obersten Heeresleitung. Sodann kommt der schon aus der ersten Instanz bekannte Brief Hindenburgs an den Volksbeauftragten Ebert zur Besprechung, in dem Hindenburg die Vaterlandsliebe Eberts rühmt und ihn darum bittet, weiterhin mit ihm zusammenzuarbeiten.

Hierauf wird der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. David vernommen. Er bekundet: Auf Grund meiner genauen Kenntnis der Dinge und Personen, daß Ebert der härteste Turm und der konsequenteste Begleiter gegen die sozialdemokratische Minderheit unter Daase war. Im September 1918 wandte sich Ebert im Parteiausschuss mit größter Schärfe gegen die Propagandisten von Rüstungsstreiks. Diesen Standpunkt nahm Ebert auch 1918 ein, nach dem Januarstreik.

In der Nachmittagsitzung wird als erster Zeuge der frühere Kriegsminister General a. D. von Stein vernommen, der u. a. ausfragt: Ich habe den allgemeinen Eindruck gehabt, daß uns die Arbeit durch Eberts Partei nicht erleichtert wurde. Oberpräsident Kossle erklärt u. a.: Der verstorbene Reichspräsident sei stets gewillt gewesen, alles zu tun, um eine Niederlage von Deutschland abzuwehren. Der darauf als Zeuge vernommene General von Weisberg bekundet, er habe keinen Anhaltspunkt dafür, daß der damalige Abgeordnete Ebert oder seine Partei eine weniger ablehnende Haltung gegen die Streiks während des Krieges eingenommen hätte, als das Kriegsministerium. Der darauf vernommene Kaufmann Furtenschlager, Berlin, der während des Krieges als Schmirgel- und Schmirgelmeister in der Geschützgießerei Spandau gearbeitet hat, gibt an, in den ersten Tagen des Januarstreiks hätten sich nur wenige Spandauer Arbeiter an dem Streik beteiligt, weil die meisten eine Kommandierung ins Feld fürchteten. Als dann offiziell die Streikleitung gebildet wurde, habe der Streik eine weit größere Ausdehnung angenommen. Die Mitteilung, daß diesmal die Streikenden keine strafweise Einziehung zum Heere zu befürchten hätten, kam von den Besuchern der Treptower Versammlung als Auskunft der Streikleitung mitgebracht worden und habe sich wie ein Lauffeuer verbreitet.

Sunhaten †. Der chinesische Politiker Sunhaten, dessen Tod schon einmal gemeldet war, ist, wie Neuler aus Peking meldet, Mittwoch morgen gestorben.

## Der Eisenbahnerstreik

hat keine wesentliche Erweiterung erfahren. Agitatoren aus Sachsen brachten ihn auch nach Nordbavarn (Dof). Nach einer Mitteilung des Deutschen Eisenbahnerverbandes wurde in der Konferenz der Gewerkschaften und der Eisenbahner zum Eisenbahnerstreik eine Entschärfung gefordert, in der der Verbandsbeirat des Deutschen Eisenbahnerverbandes die Haltung der Verhandlungskommission billigt, den im Kampf befindlichen Kollegen seine volle Sympathie ausspricht und erklärt: Die Forderung auf allgemeine Lohnmehrung ab 1. 1. und die Verkürzung der Arbeitszeit werden aufrecht erhalten. Bei einer weiter ablehnenden Haltung der Reichsbahnverwaltung ist eine Verkürzung der Kampfzeit vorzunehmen. Dem Vorstand wird dazu jede Vollmacht erteilt. Der Vorstand wird beauftragt, die vom Reichsarbeitsminister eingeleiteten Schlichtungsverhandlungen wahrzunehmen, um eine Verständigung auf der Basis unserer Forderungen zu erzielen.

## Die neue Grundschule

Im Bildungsausschuss des Reichstages wurde die Grundschulfrage zum Abschluß gebracht. Angenommen wurde ein bereinigter Antrag der Deutschnationalen, der Volksparteier und des Zentrums, der einen Gesetzentwurf über die Dauer der Grundschule enthält. Im wesentlichen wird darin bestimmt, daß besonders leistungsfähige Schüler bereits nach 3 Jahren zur Sexta übergehen können. Gegen den Gesetzentwurf stimmten die Sozialdemokraten und die Kommunisten.

Die neue Grundschule wird am Ostern 1925 bereits in Mecklenburg, Württemberg, Baden und Bayern eingeführt werden. Die übrigen Länder werden am 1. März in einer Konferenz über die Maßnahmen beschließen, die dazu dienen sollen, sobald als möglich nach dem Antrag des Ausschusses in der Grundschulfrage zu verfahren.

## Zur Genfer Völkervereinigung

Die „Times“ berichtet, daß die Rede, die Chamberlain auf der heutigen Sitzung des Völkervereinigungsrates in Genf gehalten wird, von größter Bedeutung sein und zu einer umfassenden Erörterung und Kritik führen werde. Chamberlain werde kein endgültiges Gegenstück zum Protokoll, das Großbritannien verwerfe, vorschlagen, sondern wahrscheinlich allgemein die Art von Alternativplänen angeben, die die Regierung für durchführbar halte. Der Wortlaut der Erklärung Chamberlains werde in London unmittelbar nach ihrer Abgabe veröffentlicht werden.

„Morning Post“ betont, daß nach Meldungen aus Genf und Paris keine Anzeichen für eine freundschaftliche Vereinbarung zwischen Großbritannien und Frankreich in der Frage des Genfer Protokolls vorhanden seien. Die Ansichten der beiden Regierungen in dieser Frage schienen einander vollkommen entgegengesetzt zu sein.

Dem parlamentarischen Berichterstatter des „Daily Telegraph“ zufolge hat die Regierung Vorbereitungen zur Ausgabe eines Weißbuchs getroffen, das die Erklärungen Chamberlains mit Bezug auf das Protokoll enthalten soll. Dieses Buch werde den Mitgliedern des Unterhauses zur Verfügung stehen, soweit Chamberlain seine Ansprache in Genf vor dem Völkervereinigungsrat gehalten habe.

W.D. London, 12. März. „Daily Telegraph“ meldet aus Genf, der Völkervereinigungsrat habe in nicht öffentlicher Sitzung vereinbart Deutschland inoffiziell mitteilen zu lassen, daß er der Forderung Deutschlands, im Völkervereinigungsrat mit einem ständigen Sitz vertreten zu sein, zustimme.

## Die interkonfessionelle Schule im Elsaß

Am 16. März wird in Kolmar wie in Mülhausen, Neuenbüsch und einigen anderen eisenbahnigen Ortschaften die interkonfessionelle Schule, gemäß der kürzlich vom Verort erlassenen Verfügung eingeführt. In Kolmar ist es aus diesem Anlaß bereits zu einem Zwischenfall gekommen, über den Habas wie folgt berichtet: Der Gemeindefarmer hielt vor den Schulkindern eine Ansprache. Er erklärte: Wir werden am 15. März in den Streik treten, denn man wird euch verwehren, Katholiken zu bleiben und wird euch mit Juden und Protestanten vermischen. Man wird euch das Kreuzigen und die Schulkinder auf, eine schriftliche Erklärung der Eltern mitzubringen, in der diese den Streik billigen. Zwischen dem Gemeindefarmer und dem Rektor der Schule ist es daraufhin zu einer sehr lebhaften Auseinandersetzung gekommen.

## Kurze Nachrichten

Die Regierungserklärung in Preußen wird, wie im Ausschussrat des Preussischen Landtags mitgeteilt wurde, voraussichtlich in der nächsten Woche erfolgen. Es wurde der Mittwoch für die Entgegennahme der Regierungserklärung in Aussicht genommen. Für den Fall, daß es nicht dazu kommt, soll die Neuwahl des Ministerpräsidenten auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Deutsch-schweizerische Wirtschaftsverhandlungen. Am Mittwoch haben in Bern unerhebliche Besprechungen mit deutschen Regierungsbekträten über den Stidreiveredelungsverkehr begonnen. Schweizerseits nehmen an diesen Besprechungen teil Dr. Wetter und der Direktor der Handelsabteilung, Studi, deutscherseits Geh. Rat Hagemann und Ministerialdirektor Zheil.

Charles Schwab über den Dawesplan. Ein Funkspruch aus Neuchâtel meldet: Charles Schwab erklärte nach seiner Rückkehr aus Europa, daß Deutschland durch den Dawesplan sein freies Prestige wieder erlangen werde. Der Dawesplan sei einer der größten Schritte in der Vorwärtshinwendung gewesen, den die Welt je gesehen habe.

Die österreichische Handelsbilanz ist außerordentlich ungünstig. Nach einer Mitteilung des österreichischen Handelsministeriums schürft im handelsstatistischen Bericht betrug die Summe der Industrieerlöse im Jahre 1924 3 335 Millionen Schilling, die Ausfuhr 1825 Schilling.

Steuerrabatt in Frankreich. Auf Veranlassung des französischen Finanzministers ist vorläufig auf die Dauer eines Monats eine Neuerung bei der Zahlung der Steuern getroffen worden. Jeder Bürger kann seine Steuern durch Schecks bezahlen, die einen Prozentigen Rabatt einbringen, wenn die Zahlung unmittelbar nach Eingang des Steuerzettels erfolgt. Nach dem „Matin“ hofft der Finanzminister, daß dieses Verfahren im Verlaufe eines Monats über eine Milliarde einbringen wird.

England und Indien. In einer Rede in Glasgow über seine kürzliche Reise nach Indien sagte der frühere Schatzkanzler Sir Robert Borne, er könne sich nicht vorstellen, unter welchen Umständen Indien ohne die britische Pflöe bestehen könnte. Die Millionen Indier könnten sich nicht zu einem einheitlichen Staat zusammenschließen und eine einheitliche Regierung sei unmöglich. Wenn Großbritannien sich aus Indien zurückziehe, würde es ein Chaos einander bekämpfender Rassen und Glaubensbekenntnisse entstehen.

# Badischer Teil

## Der Hagenschiefprozess

Karlsruhe, 11. März.

Zeuge Rechtsanwalt A. Buchegger, der im weiteren Verlauf der Verhandlung vernommen wird, hatte Kenntnis von den Gründungssitzungen der Baugesellschaft. Damals sei von irgendwelchen Geschäftsbeziehungen zur Siedlungsbank nicht gesprochen worden. Der Zeuge schildert, inwieweit er an späteren Prozessen beteiligt war. Der Darstellung des Zeugen, daß Dr. Buchegger am 5. August 1921 dabei gewesen sei, als man Briefe vernichtete, andere fingierte Briefe geschrieben u. Teile aus dem Kassenbuch herausgerissen hätte, tritt dieser unter Hinweis auf seine Anwaltschreibe scharf entgegen.

Der Angeklagte Honnef erklärt, daß er um jene Zeit mit Dr. Buchegger am Bodensee war. Auch Detert weiß nichts davon, daß an der kritischen Sitzung, da es brenzlich geworden war, Dr. Buchegger teilgenommen hat. Man habe nichts verschwinden lassen. — Gech bleibt bei seinen Ausführungen.

Zeuge Dr. Buchegger ist bereit, sein Alibi nachzuweisen. Er habe in keiner Weise in die Geschäftsführung der Baugesellschaft eingegriffen, oder sie juristisch dirigiert, wie sich der Zeuge Gech ausdrückt.

Es folgt eine kurze Pause. Rechtsanwalt Buchegger bittet darauf im Hinblick auf die schwere Beschuldigung des Zeugen, daß er an der Vernichtung von Akten beteiligt sei, den Fakultätsrat in Ulm zum Beweise dafür zu laden, daß er in der Nacht vom 5. auf 6. August 1921 in der Villa Gartz zu Nornheim am Bodensee übernachtet hat.

Zeuge Detert erklärt, Dr. Buchegger sei nicht dabei gewesen, auch Abels nicht, was dieser bestritt. Detert sagte weiter aus, es seien auch seine Briefe befragt worden.

Zeuge Gech hält seine Bekundungen aufrecht. Ein Irrtum sei ausgeschlossen. Daß er auf Detert und Degler wegen der Gehaltszahlung einen Druck ausübte, gibt Gech zu. Es habe sich aber um eine berechtigte Forderung auf Grund des laufenden Vertrags gehandelt. Nach Sperrung des Kontos sei er ohne Mittel gewesen und daraus erkläre sich seine damalige seelische Erregung.

Es kommt dann die Sprache auf die Süddeutsche Gubhaus-Gesellschaft Löh, woran Honnef mit 200 000 M. beteiligt war.

Angeklagter Honnef: Soweit ich die Aktien nicht verkauft habe, liegen sie noch im Depot der Bank von Arons und Walter. Auch Abels sollte Aktien übernehmen. Mit der Siedlungs- und Landbank hatte die Sache nichts zu tun.

Darauf werden im Zusammenhang mit dem Sprengstoffgeschäft die Rundholzforderungen an Honnef im Jahre 1920 erörtert, woraus die Anlage gegen Abels den Vorwurf der Untreue ableitet. Nach Verlesung der einschlägigen Korrespondenz und sonstigen Schriftstücke stellt Abels in Abrede, daß die gewährten Preisnachlässe auf sein Betreiben erfolgt seien. Der Preisnachlaß wäre verlangt worden, weil das gelieferte Holz nicht den Bedingungen entsprach.

Zeuge Wetterer bemerkt, Abels hätte sich in jeder Beziehung auf die Seite Honnefs gestellt. Schließlich habe er, der Zeuge, auf die fortwährenden Klagen und Einwirkungen Abels nachgegeben. Das könne er sich nur aus der völligen Zerrüttung seiner Widerstandsfähigkeit erklären.

Zu Anschließ an gutachtliche Äußerungen des Oberforstmeisters Epimüller entspringen sich Auseinandersetzungen über die Lage auf dem Holzmarkt im ersten Halbjahr 1920 und die Zweckmäßigkeit des Preisnachlasses für Honnef.

Nach 3 Uhr wird die Weiterverhandlung auf Freitag früh 8 Uhr vertagt. — Der Prozeß, der natürlich ein zahlreiches Publikum anlockt, dürfte noch die ganze nächste Woche in Anspruch nehmen.

## Die Badische Höhere Technische Lehranstalt

(Staatstechnikum) in Karlsruhe gibt einen statistischen Bericht über das Winter-Studienhalbjahr 1924/25 heraus, dem zu entnehmen ist:

Am 15. Oktober 1924 wurde das 94. Studienhalbjahr der Anstalt mit 786 Studierenden eröffnet, darunter befanden sich 146 Neueintretende. Die fünf Abteilungen waren wie folgt besetzt: die Hochbau-Abteilung von 185, die Tiefbau-Abteilung von 60, die Maschinenbau-Abteilung von 310, die Elektrotechnik-Abteilung von 184, die Abteilung zur Vorbereitung von Gewerbetreibern von 47 Studierenden. Es wurden 28 Klassen geführt und zwar 18 Klassen einfach, 8 Klassen doppelt (als Parallelkurse). Die Gesamtzahl der Einzelklassen ergibt sich hiernach zu 34.

Das Alter der Studierenden betrug im ganzen Durchschnitt (nach dem Stand zu Beginn des Studienhalbjahrs): 21,13 Jahre. In den 5 Abteilungen einzeln betrug das Durchschnittsalter in der oben genannten Reihenfolge der Abteilungen: 20,80; 21,00; 21,20; 21,28; 21,36 Jahre.

Von den 786 Studierenden des Berichtshalbjahrs stammen aus Baden 639, aus Preußen 43, aus Bayern und Württemberg je 28, aus Hessen 5, aus Sachsen 3, aus Elsaß-Lothringen 22, aus der Schweiz 14, aus Böhmen, England, Italien und Rußland je einer. Von den 639 Badener sind beheimatet in Kreis Karlsruhe 308, Kreis Freiburg 55, Kreis Baden 58, Kreis Heidelberg 45, Kreis Mannheim 41, Kreis Offenburg 40, Kreis Mosbach 32, Kreis Rastatt 25, Kreis Waldsloh 17, Kreis Willingen 16, Kreis Wörth 12. Außerhalb Karlsruhe hatten während des Studienhalbjahrs 224 Studierende ihren Wohnsitz.

Unter den 786 Studierenden sind 380 evangelischen, 388 katholischen und 2 israelitischen Bekenntnisses. Vor dem Eintritt in die Anstalt hatten Gymnasium oder Realgymnasium besucht 102, Oberrealschule oder Realschule 225, nur Volksschule und Gewerbeschule 459 Studierende. Das Heiratsverhältnis der 6. Klasse einer Mittelschule besitzen 245 von den 786 Studierenden.

Die Dauer der praktischen Ausbildung vor dem Eintritt in die Anstalt stellt sich bei den Studierenden der Hochbau-, Tiefbau-, Maschinenbau- und Elektrotechnischen Abteilung im ganzen Durchschnitt auf 3,77 Jahre und bei diesen vier Abteilungen einzeln, in der zuvor angegebenen Reihenfolge, durchschnittlich auf 3,67; 3,47; 4,25; 3,70 Jahre. Die Praxisdauer der Besucher der Gewerbetreiber-Abteilung wurde nicht in diese statistische Gegenüberstellung einbezogen, weil die Aufnahme gestellter Praxisforderungen bei dieser Abteilung von denen der anderen abweichen.

Der Lehrkörper der Anstalt setzte sich im Berichtshalbjahre aus insgesamt 56 Mitgliedern, einschließlich des durch Wahl bestimmten Direktors, zusammen und zwar aus 43 planmäßigen Lehrern, 7 vertraglich angestellten und 16 Hilfslehrern. Drei Abteilungen der Anstalt waren Assistenten zugeordnet, ihre Zahl belief sich im ganzen auf 6.

## Aus der bad. Landwirtschaftskammer

Der Vorstand der Badischen Landwirtschaftskammer hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, daß die Landwirtschaftskammer mit dem Badischen Landwirtschaftlichen Verein wegen gemeinsamer Herausgabe des Landwirtschaftlichen Wochenblattes in Verhandlungen treten solle. Ferner nahm er Stellung zu der Neugestaltung des Hagelversicherungswezens in Ba-

den, was notwendig wurde durch das Wiederaufleben des alten Norddeutschen Hagelversicherungsvereins auf Gegenseitigkeit. Die Kammer trat wieder für den Abschluß des alten Vertragsverhältnisses dieser Anstalt mit der Badischen Regierung ein, vor allen Dingen wieder für die Gemeindeversicherung. In einer Eingabe an die badische Regierung setzte sich die Landwirtschaftskammer auch für eine wirkliche Steuerentlastung der badischen Landwirtschaft bei der Neuordnung des badischen Grund- und Gewerbesteuergesetzes ein. Ähnliche Anträge stellt die Kammer für die Neufassung der Reichsgesetze. Hinsichtlich des Entwurfs eines Reichsgesetzes über den Verkehr mit Lebens- und Futtermitteln trat die Kammer einstimmig dem vorgesehenen Entwurf bei. Ferner beschloß der Vorstand, der Geographischen Gesellschaft Karlsruhe als Mitglied beizutreten.

## Bau von Landarbeiterwohnungen. Förderung aus der produktiven Erwerbslosenfürsorge

Die Badische Landwirtschaftskammer macht darauf aufmerksam, daß das badische Ministerium des Innern im Laufe dieses Rechnungsjahrs wieder nach denselben Bestimmungen wie letztes Jahr Landarlehen für die Erstellung von Landarbeiterwohnungen gewährt. Nach diesen Bestimmungen können auch die sogenannten freien landwirtschaftlichen Arbeiter (hauptsächlich landwirtschaftlich tätige Tagelöhner) und bedürftige Bauernsöhne, die sich durch Errichtung von Wohnungen und Wirtschaftsgebäuden selbstständig machen wollen, derartige Darlehen erhalten. Nach dem Erlaß des Innenministeriums können diese Darlehen aber grundsätzlich nur solchen Wohnungsbauten zugewendet werden, mit deren Bau so begonnen wird, daß sie bis zum 31. März 1925 mindestens bis zur Cooberhöhe geüben sind. Die Gesuche sind unter genauer Angabe der Größe des landwirtschaftlichen Betriebes und der sonstigen wirtschaftlichen Verhältnisse mit bürgermeisteramtlicher Bestätigung bei dem zuständigen Bezirksamt einzureichen.

## Aus der Landeshauptstadt

Ein scharfer Nachwinter, den man nach der schon so weit ins frühlingsmäßige fortgeschrittenen Vegetation kaum noch erwartet hätte, hat uns seit gestern das gebracht, was uns die eigentliche Winterzeit diesmal fast gänzlich hatte vermissen lassen: Eis und Schnee, und letzteren gar in außerordentlich reichem Maße. Seit gestern Nachmittag herrschte fast ununterbrochen 12 Stunden lang starker Schneefall, der bei der sinkenden Temperatur, die nichts gar starken Frost brachte, liegen blieb und eine vollkommen winterliche Landschaft geschaffen hat, in die allerdings schon vom frühen Morgen ab heute die Sonne mit ihren wärmenden Strahlen hineinblinzelte, so daß das winterliche Bild wenigstens in den Straßen der Stadt nicht lange anhalten dürfte.

Der neue Tausendmarktschein. In den nächsten Tagen werden neue Reichsbanknoten zu 1000 Reichsmark in den Verkehr gebracht. Die Scheine sind auf weißem Papier gedruckt, das auf dem rechten Teil der Vorderseite eine hellbraune Färbung aufweist. Das Druckbild der Vorderseite wird rechts durch eine breite gelbbraun-rotbraun-blaue gestaltete Bänderlinie begrenzt, auf der, von reichem Minierschmuck umgeben, ein dunkelbraun getöntes halbes Kopfbildnis, den Porträt der Hildebrand Widig von Köln darstellend, angebracht ist.

Falsche Dreimarkstücke. Am Montag wurde hier ein 20 Jahre alter, 1,75 Meter großer Mann, hauptsächlich Spezialeidolen auf, kaufte eine Kleinigkeit und zahlte mit einem falschen Dreimarkstück. Das Falsifikat trägt das Münzzeichen D und die Jahreszahl 1924 und unterscheidet sich von den echten Stücken durch die blaue Metallfarbe und fettigen Anstrich.

Badisch-pfälzische Verkehrsstation. Dieser Tage fand hier im Handelshof eine badisch-pfälzische Verkehrsstation statt, die sich mit den derzeitigen unzulänglichen Verkehrsverhältnissen zwischen Mittelbaden und der Südpfalz beschäftigte. Sämtliche Teilnehmer sprachen sich für möglichst baldige Verbesserung der Verkehrsverhältnisse zwischen diesen beiden, durch den Rheinstrom getrennten, aber wirtschaftlich so sehr aufeinander angewiesenen Gebiete ein und namentlich für die Erstellung einer festen Rheinbrücke bei Gagau anstelle der jetzigen, völlig unzureichenden Schiffsbrücke. In der Aussprache wurde hervorgehoben, daß die Reichsbahn das allereinstimmigste Interesse an der Erbauung dieser Brücke habe, daß aber auch die badische Landesbauverwaltung und die Südpfalz ganz besonders daran interessiert seien. Verkehrsminister Lacher machte Vorschläge zur Verbesserung der jetzigen Verkehrsverhältnisse und gab Aufschluß über den Stand der neuen Verkehrsprojekte. Schließlich wurde die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft einmütig beschlossen, die diese Frage behandeln und eifrig fördern soll.

Die Zimmermeistervereinigung Karlsruhe rüstet sich mit vollem Eifer zur Feier ihres 160jährigen Bestehens, zu der aus allen Gauen unseres Heimatlandes, wie Deutschlands, zahlreiche Anmeldungen einlaufen. Vertreter der verschiedensten Städte haben ihre Erscheinen gemeldet, z. B. Heidelberg, Sinsheim-Eppingen, Freiburg. Von einer Reihe von verwandten Vereinen und Organisationen sind Bahnanschleifen, Vannernägel, Potale und Geldstiftungen angemeldet.

Landestheater. Wegen Erkrankung des Herrn Paumbach muß die Eröffnung der Vorarlberger Drama „Der arme Better“ auf Mittwoch, den 18. März verschoben werden. Da für findet am Samstag, den 14. ds. Mts. eine Wiederholung von Scribes Lustspiel „Das Glas Wasser“ statt. Beginn der Vorstellung sieben Uhr.

## Kurze Nachrichten aus Baden

\* Mannheim, 7. März. Der Bau einer zweiten Rheinbrücke zwischen Mannheim und Ludwigshafen wird in einem Antrag im Bayerischen Landtag gefordert. Die bayerische Regierung soll deshalb mit dem Reich, dem badischen Staat, den beteiligten Städten und den sonstigen Stellen in Verhandlungen treten.

\* Ettlingen, 9. März. Die Nachricht, wonach den Posten des von Ettlingen nach Bruchsal versetzten Postdirektors Drehm der bisherige Postdirektor in Bühl einnehmen wird, trifft, wie wir erfahren, nicht zu.

\* Gernsbach, 9. März. Das stark industrialisierte Murgtal, das zudem durch seine hervorragenden landschaftlichen Schönheiten weit und breit bekannt ist, und infolge dieser beiden Umstände einen außerordentlich starken Besuch und Verkehr aufzuweisen hat, ist hinsichtlich des Zugverkehrs recht kümmerlich behandelt. Schon um halb 8 Uhr läuft der letzte Zug von Rastatt ab ins Murgtal und allen Bemühungen der beteiligten Kreise zum Trotz ist es bisher nicht gelungen, die Reichsbahndirektion zu bewegen, einen späteren Zug zu führen, angeblich, weil die Aufwendungen durch den Schrankenwärterdienst und die eintretende Liegezeit, die als Dienstzeit dem Zugpersonal angerechnet werden müsse, nicht herauskä-

men. Es muß dann eben an die Einführung von Triebwagen gedacht werden. Wie sehr nachteilig das Fehlen einer Spätverbindung empfunden wird, geht am sichersten daraus hervor, daß die Automobilverkehrs-Gesellschaft Gernsbach sich veranlaßt sah, wenigstens Samstags und Sonntags einen Kraftwagenverkehr in diesen späten Abendstunden einzutreten zu lassen.

\* D. Bad Dürkheim, 9. März. Gestern fand die feierliche Eröffnung des von der Vereinigung Oberbad. Krankenkassen neu erworbenen Kurhauses Waldbild statt, nachdem die Krankenkassen mit der Gemeinde Dürkheim zu einem Abkommen gelangt sind. Eine Besichtigung des Kurhauses, welches 60 Fremdenbetten enthält, zeigte, daß die Krankenkassen das Haus in kurzer Zeit zu einem erstklassigen Furlungsheim ausgestaltet haben, wie es selten zu finden ist. Neben hellen freundlichen Räumen sind alle Vorrichtungen für Solbadefuren vorhanden. Geleitet wird das neue Heim von Franziskanerinnen aus Gengenbach. Bei einer kleinen Reise im „Kreuz“ wurden die vorzüglichen Einrichtungen von den Vertretern der Ärzteschaft rühmend anerkannt. Die ersten Krankenpatienten werden diese Woche eintreffen. Durch das neue Kurhaus ist auch eine bedeutende Entlastung der Landesversicherungsanstalt gegeben, so daß die Patienten viel rascher einer Kur teilhaftig und der Produktion wieder zurückgegeben werden können.

\* D. Stuttgart, 12. März. Vom Polizeipräsidium wird mitgeteilt: Auf Grund von Vorgefunden im Hause der Geisstraße beschlagnahmten Materials ergab sich gegen den politischen Sekretär der Bezirksleitung Württemberg der Kommunistischen Partei, D. Langner, der Verdacht der Vorbereitung des Hochverrats. Die Polizei nahm deshalb eine erneute Hausdurchsuchung vor und beschlagnahmte bei Langner weiteres schriftliches Material. Langner wurde vorläufig festgenommen und wird alsbald dem Amtsgericht vorgeführt werden.

## Handel und Wirtschaft

### Berliner Devisennotierungen

	12. März		11. März	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	167.59	168.01	167.04	168.06
Kopenhagen 100 Kr.	75.61	75.79	75.25	75.43
Italien . . . 100 L.	17.16	17.20	17.21	17.25
London . . . 1 Pf.	20.037	20.087	20.02	20.07
Newyork . . . 1 D.	4.19	4.21	4.19	4.21
Paris . . . 100 Fr.	21.63	21.69	21.65	21.71
Schweiz . . . 100 Fr.	80.78	80.98	80.80	81.00
Wien 100 Schilling	59.12	59.32	59.10	59.30
Prag . . . 100 Kr.	12.44	12.48	12.44	12.48

Ausstellung überall 100 Prozent

Offenburger Weinmarkt. Dienstag nachmittag 12 Uhr wurde der 47. Offenburger Weinmarkt eröffnet. Monomierat Stadler gab in einer Ansprache eine übersichtliche Erläuterung zum Marktverlauf und schilderte insbesondere die schwierige finanzielle Lage der Rebente, die ihren Wein zu Kaufe liegen hätten. Erfreulicherweise habe sich die Stadt Offenburg entschlossen, den Markt wieder abzuhalten. Die Preise der ausgestellten Weine lagen zwischen 48 und 65 Mark pro Hektoliter. Jeder Interessent habe Gelegenheit, ihm zuzugende Weine zu kaufen. Die Qualität sei wesentlich besser gegenüber 1921, worin nicht zuletzt die ersprießliche Tätigkeit der Bingerberene zu erbliden sei. Hierauf erklärte der Redner den Weinmarkt eröffnet, worauf alsbald ein sehr lebhafter Verkehr einsetzte.

## Verschiedenes

### Der Temperatursturz

Überall in Deutschland sind reichliche Schneefälle niedergegangen. In den deutschen Mittelgebirgen, so auf dem Riesengebirge und Fichtelgebirge herrscht 10—12 Grad Kälte, von der Zugspitze werden 23 Grad und vom Säntis 18 Grad gemeldet. — Aus Oberitalien wird ein starker Temperatursturz gemeldet. An vielen Orten erfolgten Schneefälle. In Venedig wütete ein heftiger Sturm, der von Schneegestöber begleitet war. Viele Fischerboote und Barken kenterten, oder wurden auf den Strand geworfen. In der Poebene bei Bologna und Florenz liegt reichlich Schnee. Mittwoch nachmittag hat es auch in Rom einige Minuten lang bei 5 Grad Reaumur über Null leicht geschneit.

### Die Nordpolfugzeuge

Die beiden großen Wasserflugzeuge, die in Marina di Pisa (Italien) für den Nordpolfug Anundens gebaut wurden, sollen am heutigen Donnerstag auf den norwegischen Dampfer „Raga“ verladen werden. Anundens Begleiter, der den Bau des Wasserflugzeuges beaufsichtigt, hat erklärt, daß auf Grund der Konstruktion des Flugzeuges das Gelingen des Unternehmens sicher wäre.

## Staatsanzeiger

Nr. 19 403.

Norm. XXXVIII, 1.

Grundzüge über Voraussetzung, Art und Maß der öffentlichen Fürsorge.

An die Bezirksfürsorgeverbände, an die Kreise, an sämtliche Gemeinden.

Voraussetzung, Art und Maß der öffentlichen Fürsorge bestimmen sich nach der Verordnung des Staatsministeriums vom 17. Februar 1925 über Fürsorgeleistungen (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 31) auch in Baden nach den Reichsgrundgesetzen über Voraussetzung, Art und Maß der öffentlichen Fürsorge vom 4. Dezember 1924 (Reichsgesetzblatt I Seite 765). Auf diese Reichsgrundgesetze (RG.) und auf die dazu erlassenen Erläuterungen des Reichsarbeitsministers V A (VII) 10 665 und des Reichsministers des Innern II 9627/24 B, veröffentlicht im Reichsverordnungsblatt 1924 Nr. 38 Biffer 423, wird verwiesen.

Zur Erläuterung einzelner Bestimmungen sei folgendes bemerkt:

1. Armenpflege: Die in Abschnitt A der Reichsgrundgesetze über „Fürsorge im Allgemeinen“ enthaltenen Bestimmungen gelten auch für die Durchführung der bisherigen Armenpflege. Die Bestimmungen des Landesgesetzes vom 5. Mai 1870, die öffentliche Armenpflege betreffend, sind aufgehoben, soweit sie dem entgegenstehen.

2. Fürsorge für Klein- und Sozialrentner und die ihnen Gleichstehenden:

a) Empfänger von Waisenrente der Arbeiter- und Angestelltenversicherung sind nach den allgemein für hilfsbedürftige Kinderjährige geltenden Grundgesetzen zu betreten. Als Sozialrentner im Sinne des Abschnitts B der Reichsgrundgesetze gelten sie nicht. Abschnitt B der Reichsgrund-

jühe findet nach § 16 dieser Grundzüge nur auf alle oder inwilde oder berufsunfähig gewordene Rentner der Arbeiter- und Angestelltenversicherung Anwendung.

b) Den Fürsorgeverbänden wird empfohlen, alte oder durch geistige oder körperliche Gebrechen erwerbsunfähig gewordene Personen, die trotz wirtschaftlicher Lebensführung auf die öffentliche Fürsorge angewiesen sind, den Kleinstrentnern gleichzustellen. Als erwerbsunfähig gilt, wer infolge körperlicher oder geistiger Gebrechen nicht nur vorübergehend außerstande ist, sich durch Arbeit einen wesentlichen Teil seines Lebensbedarfs zu beschaffen. Die Anforderung des Landesdrittels gemäß § 6 Absatz 2 der Badischen Ausführungsverordnung vom 29. März 1924 zur Reichsverordnung über die Fürsorgepflicht für diese Fälle wird nicht beanstandet werden.

3. Unterstützung von Einrichtungen:  
Gemäß § 4 der Reichsgrundzüge soll die Fürsorge auch Einrichtungen für Hilfsbedürftige, besonders solche zur Beschäftigung Erwerbsbeschränkter, fördern.  
Die Beteiligung des Landes gemäß § 6 Absatz 2 der Badischen Ausführungsverordnung vom 29. März 1924 zur Reichsverordnung über die Fürsorgepflicht für aus dieser Fürsorge erwachsende Kosten wird grundsätzlich in Aussicht genommen. Zugleich sind jedoch Mittel dafür noch nicht verfügbar. Näher Mitteilung insbesondere darüber, auf welche Einrichtungen sich die Staatsbeiträge erstrecken soll, sowie über die Regelung der Abrechnung im einzelnen, bleibt vorbehalten.

4. Wochenfürsorge:  
Biffer 2 der mit Erlass des Arbeitsministers vom 3. September 1924 Nr. 40 490 überänderten Richtlinien kommt im Hinblick auf §§ 12 und 36 b der Reichsgrundzüge in Fortfall.  
Gemäß § 12 Schlußsatz können an die Stelle bayer. Beihilfen auch Sozialleistungen treten. Unter diesen Sozialleistungen steht an erster Stelle die Gewährung freier Hebammenhilfe. Geeignete Vereinbarungen der Bezirksfürsorgeverbände mit

der für den Bezirk zuständigen Berufsvereinigungen der Hebammen wird empfohlen.  
5. Die Gemeindeverwaltungen, soweit sie nicht verbandsfreie Bezirksfürsorgeverbände darstellen, werden auf die Reichsgrundzüge und deren Erläuterungen besonders hingewiesen

und ersucht, die Ziffer 11 dieses Erlasses wegen Durchführung der Armenpflege zu beachten.  
Karlsruhe, den 9. März 1925.  
Der Minister des Innern.  
Reumelle.

# Gute Schuhe nirgends billiger!

**Nur einige Beispiele:**

<p><b>Damen-Spangen- u. Schnür-Halbschuhe</b> in verschiedenen Ledersorten, spitz u. breit, darunter auch Rahmschuhe. Preislag. 12,50 10,50 8,50 7,50 u. <b>5.90</b></p> <p><b>Konfirmanten- u. Kommunikanten-Stiefel und Halbschuhe gut und preiswert</b> Unsere Spezialmarken „Fortschritt“, „Herz“ sind in Qualität, Eleganz u. Preiswürdigkeit <b>unübertroffen</b> (Verlangen Sie kostenlos unsern Dr. Diehl Katalog)</p>	<p><b>Herren-Halbschuhe und Stiefel</b> in verschiedenen Ledersorten, spitz u. breit, darunter auch Rahmschuhe. Preislagen 12,50 10,50 9,50 und <b>8.50</b></p> <p>Unsere weltberühmten <b>Dr. Diehl-Gesundheits-Stiefel</b> sind für empfindliche und kranke Füße <b>eine Wohltat</b></p>
--	--

**Schuhhaus Stern, Karlsruherstraße 22**  
KARLSRUHE (Rondelplatz) E.155

**Bayr. Bier**  
garant. frische große  
**Lein-Beer**  
(Lages-Bier) liefert dauernd zum ähnersten Tagespreis heute 9/10 Pf. per Stud ab Station gegen netto Cash bei Empfang. E.150

**S. Tzschelben,**  
Spezial-Bier-Großgeschäft,  
Babenhausen  
(Bahr-Schwaben) Tel. Nr. 52.  
NB. Bei neuen Kunden erbitte ich Angabe von Referenzen.

**Blütenreinen Teint**  
verleiht die **MAGIC-Hautschöner** 6,50 Mk. Nachnahme.

**Geber-Verlags-Ges.**  
Freiburg i. B. 56.  
E.127.

**Kaufe fortwährend**  
gett. Kleider, Schuhe und Wäsche. **Psisucha,**  
Jähringerstr. 30, Tel. 2293.

**Gebisse (Platin)**  
kauft Frau Kath. Pfleger,  
Karlsruhe, Friedrichstr. 31/111.

Freitag, den 13. März, nachmittags 4 Uhr  
Samstag, den 14. März, abends 8 Uhr

# MODENSCHAU

im Saale der Eintracht  
in Karlsruhe

Gezeigt werden die allerletzten Modeschöpfungen sowohl im feisch-flotten als auch im vornehm soliden Geschmack

Künstlerische Leitung: Direktor Hans Blum unter gleichzeitiger Mitwirkung von Evi Kloeble, Olga Mertens-Leger, Alfons Kloeble

Eintrittskarten: 4 Mark inklusive Tee und Gebäck  
Kartenverkauf bei den beteiligten Firmen

Vorführung der Toiletten durch Damen des Landestheaters

Damenmoden: Hugo Landauer  
Putz: Geschwister Gutmann  
Schuhe: Schuhhaus Simon

Entwurfszeichnungen u. Bedingnisheit im Reichsbahndirektionsgebäude Friedrichsplatz Nr. 13, III. St. Zimmer Nr. 29 zur Einsicht Abgabe der Unterlagen gegen 5,50 M. Erfaß, nach auswärts gegen Voreinsendung des Betrages von 6.— M. Angebote mit der Aufschrift „Anbau der Elzbrücke bei Kenzingen“ bis Samstag den 28. März 1925, vormittags 11 Uhr, geschlossen u. postfrei einzufenden. Zuschlagsfrist 3 Wochen. Karlsruhe, den 12. März 1925. **Präsident des Reichsbahndirektion Karlsruhe.**

Das Materialamt der Reichsbahndirektion verleiht Freitag, den 13. März 1925, vormittags 8 Uhr beginnend im Gerätehaupteinlager Karlsruhe, alter Personenbahnhof (Eingang Ruppurrerstraße) alte, für Eisenbahnzwecke nicht mehr geeignete Geräte, darunter: Eische, hölzerne und eiserne Schränke, Hobelbänke, Schraubstöcke, Binden, Gerde, Ofen, Backöfen, Gewichtswagen, Mohrhaar und verschiedene Altmetalle. 10 Zimmer, Blecher-, Dachdecker- und Anstreicherarbeiten für die Überdachung der Bahnsteige 1, 4 und 5 im Bahnhof Pforzheim öffentlich zu vergeben. Bedingnishefte und Zeichnungen auf dem Baubüro in Pforzheim, Luisenstraße 2, zur Einsicht; dort auch Abgabe der Angebotsvorbrude. Angebote mit entsprechender Aufschrift spätestens bis Samstag, den 28. März d. J., vormittags 11/12 Uhr, verschlossen u. postfrei bei dem Baubüro in Pforzheim einzufenden. Karlsruhe, den 10. März 1925. **Vorstand der Bahnanbahninspektion I.**

**Badische Lichtspiele**  
für Schule und Volksbildung  
Konzerthaus E.158

## Querdurch Afrika

I.  
**Mensch und Tier im Urwald**  
Mit Schomburgk in Liberia 1924

Vortragender: Oberleutnant a. D. F. Holtz  
Samstag, den 14. Montag, den 16., Dienstag, den 17., Mittwoch, den 18. März, jeweils abends 8 Uhr, Samstag und Mittwoch auch 4 Uhr nachmittags

II.  
**Querdurch die Wüste Sahara**  
Bilder aus Buchanan's 16monat. Forschungsreise

Samstag, den 21., Montag, den 23., Dienstag, den 24., Mittwoch, den 25., Donnerstag, den 26. März, jeweils 8 Uhr abends, Samstag und Mittwoch auch 4 Uhr nachmittags

Vorverkauf: Musikhaus Müller, Kaiserstraße  
Preise für die Einzelvorführung M. 1.70, 1.50, 1.—, 0.60, Doppelkarten für beide Vorstellungen nur im Vorverkauf M. 3.—, 2.50, 1.50, 1.—  
Studierende und Schüler gegen Ausweis halbe Preise

**Sonntagsfahrverbot für Kraftfahrzeuge betr.**  
Die bezirkspolizeiliche Vorschrift vom 17. April 1923 über das Sonntagsfahrverbot für Kraftwagen und Kraftfahrzeuge aller Art auf der Landstraße 67 Ludwigshafen—Zinnenstadt ist aufgehoben. u. 28

Nicht berührt wird hierdurch die Vorschrift über die Sperzung des Begees Meersburg—Sagunau (früherer Kreisweg 38) auf dem nach wie vor jeglicher Kraftfahrzeugverkehr verboten ist.  
Nberlingen, den 4. März 1925.  
Badisches Bezirksamt.

**Vaufluchten betr.**  
Der Stadtrat hat die Änderung der Vaufluchten im sogenannten Weierheimer Feld beantragt. Das Nähere ergibt sich aus dem Plan, der nebst Angrenzungsverzeichnis 14 Tage lang auf der Kanzlei des städt. Tiefbauamts zur Einsicht aufliegt. E.136  
Karlsruhe, den 10. März 1925.  
Bezirksamt Abt. III.

**Bekanntmachung.**  
Zwecks Durchführung der Zwangsbeitragsbeschlüsse bei Forderungsrückständen der Allgem. Ortskrankenkasse Karlsruhe-Stadt werden gemäß § 404 Absatz 4 der Reichsversicherungsordnung, § 8 der Verordnung über die Beitreibung von Forderungen der Anstalten der Reichsversicherung und der Anmungen vom 27. Oktober 1923 in der Fassung der Verordnung vom 3. Januar 1925 (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 10) mit sofortiger Wirkung bestellt:  
a) als Vollstreckungsbeamte: E.37  
Verwaltungsdirektor Rudolf Sigmund und Rechnungskontrolleur Wilhelm Raier;  
b) als Vollziehungsbeamte:  
Kassenbote Friedrich Benz und  
Kassenkontrollleur Johann Barth, sämtliche in Karlsruhe wohnhaft.  
Karlsruhe, den 4. März 1925. O.3.32  
Badisches Bezirksamt. — **Verföherungsamt.**

A.18. **Borberg, Johann** 787 Ster meist sichtiges Papierholz in einem Los und zwar 327 Ster I. (über 14 cm), 264 Ster II. und 196 Ster III. M. Das Holz ist entrinde und abföherberei. Angebote wollen bis längstens Dienstag, den 17. März d. J., abends 6 Uhr, außer eingereicht werden. Zuschlagsfrist 5 Tage. Verkaufs- und Zahlungsbedingungen durch das Forstamt. E.41

**Verföherung von Landwuholz, Nadelstangen und Wagnerschnen des Forstamts**  
Nutenfels am Samstag den 21. März, vormittags 1/10 Uhr im „Döfen“, zu Nutenfels aus Staatswald, Eichen

**Papierholzverkauf.**  
Bad. Forstamt Stodach verkauft freihändig aus hiesigen Staatswaldungen

Am. 0,70 III. b, 7,50 IV, 7,75 V., 2,70 VI.; **Notbuchen**, Am. 1,20 II. a, 1,35 II. b, 1,60 III. a, 8,25 III. b, 17,20 IV.; **Nadelstangen:** 240 Baufig., I., II., 150 Sperrbengel, 65 Hagfig., Hopfenfig.: 125 I., 150 II., 275 III., 225 IV., **Rebsteck** 535, **Bohnensteck** 20 und 50 eichene **Wagnerschnen**. Das Holz zeigen die Forstwärte Greif und Schottmüller in Nutenfels und Anjelm in Michelbach. Auszüge unentgeltlich vom Forstamt.

**Handverkauf von Schwelkenholz** des Forstamts Nutenfels in Raffatt: Los 1, Am.: 11,23 I., 2,47 II. rotb.; Los 2, Am.: 64,58 I., 24,65 II., eichen. Angebote in ganzen Prozenten der bad. Grundpreise bis 21. März, abends 5 Uhr, erbeten. Die Schwelken zeigen die Forstwärte Greif und Schottmüller in Nutenfels und Anjelm in Michelbach.

**Stangen- und Brennholz-Verföherung**  
des Forstamts Mittelberg in Ettlingen am Dienstag den 17. März 1925, um 1/10 Uhr, in der „Mühle“ zu Marzell: Aus Distrikt I Mittelberg: 13 Ster buchene, 5 Ster eichene, 202 Ster tannene, 29 Ster forlene und 22 Ster weymou. kiefer Scheiter und Prügel. Aus Distrikt II Großlosterwald: 15 Ster buchene, 12 Ster eichene, 304 Ster tannene, 42 Ster birchene, 79 Ster forlene und 19 Ster weymou. kiefer Scheiter und Prügel; ferner: 370 Kopfenstangen IV M., 1110 Rebstecken I M., 2205 Rebstecken II M. und 1805 Wohnsteden.

**Papier- u. Grubenholz-Verkauf.**  
Die badischen Forstämter Pforzheim und Gudenfeld in Pforzheim verkaufen freihändig aus ihren Staatswaldungen und zwar: Forstamt Pforzheim 660 Ster entrindeles Papierholz und 1095 Ster tannenes und sichtiges Grubenholz und Forstamt Gudenfeld 35 Ster entrindeles Papierholz und 218 Ster tannenes und forlenes Grubenholz. Angebote wollen bis spätestens Dienstag, den 24. März d. J. feß 10 Uhr, bei den betr. Forstämtern, von welchen nähere Auskunft und Listenauszüge erhältlich sind, eingereicht werden. E.31.

**Badisches Landestheater**  
Freitag, den 13. März 1925  
Fr.-S. 6401-6300, 501-800  
**Der böse Geist**  
**Dumppagabundus** oder **Das liebliche Kleeblatt**  
Zauberstoffe mit Gesang in 3 Akten von J. Kestrov.  
Musik von A. Müller.  
In Szene gef. v. F. Baumacher  
Musikal. Leitung: M. Schlager.  
Personen:  
Stellaris . . . . . Ritter  
Fortuna . . . . . Koellner  
Brillantine . . . . . Hofner  
Anocofa . . . . . Scheinpfug  
Mythilar . . . . . Gemmede  
Patribus . . . . . Grob  
Hilaris . . . . . van Santen  
Dumppagabundus . . . . . Dahlen  
Ein Berleschschützmann . . . . . Belli  
Leim . . . . . Klobel  
Pwim . . . . . Müller  
Ameriem . . . . . Herz  
Signora Balpiti . . . . . Genter  
Ramilla . . . . . Perlow  
Laura . . . . . Scheinpfug  
Sobelmann . . . . . v. b. Trend  
Poppel . . . . . Raffke  
Gentrad . . . . . Braunbocker  
Wofel . . . . . Element  
Anfang 7 Uhr. Ende 10 Uhr.  
Preise: **Spezifisch I** Abt. 4.80